

## Kurzbericht zum BMG-geförderten Forschungsvorhaben

Vorhabentitel	Innovation in der Partizipation und Information bei psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen – IPI KiJu
Schlüsselbegriffe	Partizipation, Information, kinder- und jugendpsychiatrische und -psychotherapeutische Behandlung
Vorhabendurchführung	Aktion Psychisch Kranke e. V.
Vorhabenleitung	Prof. Dr. Michael Kölch, Prof. Dr. Jörg M. Fegert, Dr. Myriam Bea, Jörg Holke
Autor(en)/Autorin(nen)	Prof. Dr. Michael Kölch, Prof. Dr. Jörg M. Fegert, Dr. Myriam Bea, Jörg Holke, Natascha Fries, Dr. Paul-Simon Zerbe, Daria Nolkemper, Amelie Weide, Antonia von Weizsäcker
Vorhabenbeginn	1.11.2022
Vorhabenende	30.9.2024

### 1. Vorhabenbeschreibung, Vorhabenziele

Ziel des vom BMG geförderten Projektes waren die Formulierung von Kriterien und Handlungsempfehlungen für gelingende Informations- und Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien im Rahmen einer kinder- und jugendpsychiatrischen und -psychotherapeutischen Behandlung. Hierzu sollten zunächst der Ist-Zustand und die bestehenden Bedarfe durch Recherchen und Interviews erhoben werden. Dafür war es wichtig die Kinder und Jugendlichen, ihre Eltern und Fachkräfte miteinzubeziehen. Die Projektergebnisse sollten zu einer zielgerichteten Optimierung der Information und Partizipation in der gesundheitlichen Versorgung von psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen beitragen.

### 2. Durchführung, Methodik

In der ersten Projektphase erfolgte eine Recherche in Literatur, Dokumenten und der sozialen Medien in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse, um bestehende Informations- und Partizipationsmöglichkeiten sowie bestehende Bedarfe zu evaluieren. Ergänzt wurde diese Recherche durch die Durchführung und Auswertung (nach Mayring) von Interviews mit Kindern und Jugendlichen, ihren Eltern sowie in der kinder- und jugendpsychiatrischen und -psychotherapeutischen Behandlung tätigen Fachkräften.

Die Auswertungsergebnisse bildeten in der zweiten Phase des Projektes die Grundlage, Qualitätskriterien und Umsetzungsempfehlungen für eine gelingende Informations- und Partizipationspraxis zu entwickeln.

Um die Fachexpertise aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie und die Selbsthilfe einzubinden, wurde eine Expertengruppe gebildet. Die Expertinnen und Experten begleiteten die inhaltliche Durchführung und waren insbesondere in Panel-Form in die Erarbeitung von Qualitätskriterien umfassend eingebunden.

### **3. Gender Mainstreaming**

In den Projektarbeiten wurde kontinuierlich darauf geachtet, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Geschlechter Beachtung finden. Dies drückte sich in der Zusammensetzung der Expertengruppe und der Samplestruktur der Interviews aus. Zudem erfolgte die Zuordnung zu einem Geschlecht im Rahmen der Interviews anhand der Bedürfnisse der Interviewten. Die Ergebnisse wurden so formuliert, dass die Bedürfnisse aller Geschlechter Beachtung finden. In Texten und auf der Internetseite wurden geschlechtsneutrale oder gegenderte Formulierungen gewählt.

### **4. Ergebnisse, Schlussfolgerung, Fortführung**

Erarbeitet wurden Qualitätskriterien und Empfehlungen für die Information und Partizipation von psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien. Wesentliche Essenzen sind:

- qualitativ hoch zu bewertende Informationen zeichnen sich insbesondere durch eine leichte Zugänglichkeit und Sprache, individuelle, aktive und entstigmatisierende Ausrichtung, inhaltliche Fundierung, und regelmäßige Aktualisierung aus. Auf der Umsetzungsebene sollten die formulierten Kriterien vor und während der Behandlung handlungsleitend sein. Entsprechende Empfehlungen wurden angeführt.
- zentrale Kriterien für gelingende Partizipation sind der weitestmögliche Einbezug von Kindern und Jugendlichen und deren altersgerechten Mitbestimmung bei Entscheidungen. Eine vertrauensvolle Atmosphäre und eine transparente Kommunikation schaffen hierfür geeignete Räume. Die Informations- und die Partizipationspraxis sind als kontinuierlicher Prozess zu sehen und bedürfen einer regelmäßigen Evaluation. Es liegen bereits partizipationsfördernde Instrumente und Konzepte vor. In Teilbereichen bestehen Möglichkeiten der Weiterentwicklung und des Ausbaus. Entsprechende Handlungsoptionen insbesondere in Bezug auf die stärkere Berücksichtigung bei Schutzkonzepten, Fortbildungen, der partizipativen Entscheidungsfindung und Selbsthilfeförderung wurden erarbeitet.

In Bezug auf die bestehenden Informationspflichten zu psychischen Störungen und deren Behandlung und die Partizipation sollten die besonderen Belange von Kindern und Jugendlichen

auch auf der strukturell-konzeptionellen und auf der sozial- und gesundheitsrechtlichen Ebene Berücksichtigung finden.

Dem digitalen Raum als Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen sollte sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Praxis mehr Bedeutung im Sinne von Information und Partizipation beigemessen werden. Mögliche Risiken sind im Vorfeld zu klären und geeignete Schutz- sowie Kontrollmechanismen zu entwickeln und umzusetzen.

Da die entwickelten Standards, Empfehlungen und Ansätze auf die gesamte Zielgruppe und sektorenübergreifend ausgerichtet sind, können diese bundesweite Anwendung bei der Herausgabe von Informationsmaterialien und der Umsetzung von Partizipation im ambulanten und stationären Sektor finden. Darüber hinaus wurden unterschiedliche Handlungsempfehlungen für die Praxis und die Gesetzgebung formuliert. Die Projektergebnisse können die Beachtung bei den wesentlichen Akteuren aufseiten der Fachverbände, der Leistungsanbieter, der Leistungsträger und sonstigen fachlich interessierten Personen finden.

## **5. Umsetzung der Ergebnisse durch das BMG**

Mit dem Projekt konnten wichtige Erkenntnisse zur Planung und Umsetzung gesundheitspolitischer Maßnahmen zur besseren Information und Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen gewonnen werden. Sie können durch ihre anwendungsbezogenen Ausrichtungen sowohl von Fachkräften als auch von gesundheitspolitischen Entscheidungsträgern genutzt werden. Indirekt dienen die Ergebnisse der Umsetzung des Patientenrechtegesetzes, mit dem die Aufklärungs- und Beteiligungsrechte von Patientinnen und Patienten gestärkt und im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert wurden, wie auch der Umsetzung des Artikels 12 der UN-Kinderrechtskonvention, der eine Berücksichtigung des Kindeswillens vorsieht.

## **6. Verwendete Literatur**

AKTION PSYCHISCH KRANKE E.V. (2017). Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Deutschland – Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse. [https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/KiJu\\_BB-Projektbericht-Final-25.05.19.pdf](https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/KiJu_BB-Projektbericht-Final-25.05.19.pdf)

AKTION PSYCHISCH KRANKE E.V. (2021). Weiterentwicklung der psychiatrisch-psychotherapeutischen Hilfen und der Prävention seelischer Störungen im Kindes- und Jugendalter in Deutschland – Entwicklung und Abstimmung von Handlungsempfehlungen. [https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/Materialien\\_KiJu/Abschlussbericht\\_APK-Projekt\\_KiJu-WE\\_.pdf](https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/Materialien_KiJu/Abschlussbericht_APK-Projekt_KiJu-WE_.pdf)

FEGERT, J. M., & BEA, M. (2022). Einbezug von Kindern in die Krankenbehandlung. Frühe Kindheit, 0222, 13–19.

KÖLCH, M., LIPPERT H. & FEGERT J. M. (2024), Aufklärung und Einwilligung bei Kindern und Jugendlichen. In: Fegert, J.M., et al. Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters. Springer Reference Medizin. Springer, Berlin, Heidelberg. [https://doi.org/10.1007/978-3-662-66744-6\\_91](https://doi.org/10.1007/978-3-662-66744-6_91)

NOLKEMPER, D., DOERING, B. K., SCHROTH, J., HAUSMANN, T., ZERBE, P.-S., KÖLCH, M., & BIENIOSCHEK, S. (2025). Partizipation in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie: Welchen Einfluss haben Persönlichkeitsmerkmale auf die Differenz zwischen Wunsch und Erleben von Partizipation? Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, 53(2), 65–76. <https://doi.org/10.1024/1422-4917/a001004>

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages